

## Prager Gemeindegewirtschaft in der Kriegszeit.

Aus Prag wird uns berichtet: Die Gemeindegewirtschaft wurde vor dem Kriege durch ihre zahlreichen Standa- und Provisionsaffären allgemein bekannt. Bei den letzten Wahlen gelang es den geeinigten Oppositionsparteien trotz der veralteten und engherzigen Wahlordnung, zwölf Sitze im Stadtverordnetenkollegium zu erobern. Das Rathausystem begann sich allmählich ein wenig zu bessern, einige hervorragende Mitglieder der kompromittierten Grosch-Majorität wurden verschiedener Korruptionsaffären öffentlich und gerichtlich überwiesen und aus dem Rathause beseitigt. Da seit der Kriegseröffnung in Prag kein Wort der Kritik gegen das System Grosch veröffentlicht wird, haben sich die früheren Zustände im Rathause wieder eingenistet. Das Stadtverordnetenkollegium und die Kommissionen werden nicht einberufen, alle Angelegenheiten werden nur durch den Stadtrat und die sogenannten Präsidialkommissionen erledigt. Die Arbeitervertreter wurden in Prag in der Kriegszeit von jeder Teilnahme an der Gemeindegewirtschaft ausgeschlossen. Sie durften weder an der Approvisionierung noch an der Arbeitslosenfürsorgetätigkeit teilnehmen. Ihre Anträge und Interpellationen wurden ignoriert. Vor dem Kriege wurde die Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung beschlossen und zu diesem Zwecke vom Stadtverordnetenkollegium 25.000 Kronen bewilligt, aber dieser Betrag wurde zu anderen Zwecken benützt und die kommunale Arbeitslosenversicherung ist ausgeblieben. In die Approvisionierungskommission wurden weder Sozialdemokraten noch Nationalsozialisten zugelassen; die Arbeitslorenzählung, die erst auf Auftrag der Statthalterei durchgeführt wurde, wurde ohne jede Teilnahme der Gewerkschaften vorgenommen und endete mit einem kläglichen Fiasko. Es wurde das Brotbrot durch die Gemeinde eingeführt, aber das Gemeindebrot, das billiger und besser war als das von den Bäckern erzeugte, wurde in erster Reihe denen verkauft, die sich im Prager Rathause Protektion verschaffen konnten. Dasselbe geschah auch mit Mehl und anderen Nahrungsmitteln. Diese wurden zuerst an die Mitglieder des Stadtrates und des Stadtverordnetenkollegiums verkauft. In der Zeit, in welcher sämtliches Mehl unter Sperre war, wurden noch große Mengen von Mehl vom Stadtrat an verschiedene Protektionspersonen verkauft. Dafür müssen jetzt arme Leute in Prag die Mehlgeschäfte belagern und stundenlang warten, bevor sie sich die notwendigen Lebensmittel einkaufen können. Die Subvention, die für die unentgeltliche Auspeisung der Schulkinder durch den Voranschlag bewilligt wurde, wurde im Kriegsjahr vom Stadtrat *s i s t i e r t*. In Prag wurde die unentgeltliche Auspeisung der Schulkinder während des Krieges eingestellt. Für die Auspeisung der arbeitslosen Arbeiter wurden große Beträge gesammelt, aber die Verwendung derselben wurde nirgends verrechnet. Auch in das Comité für die Auspeisung der Arbeitslosen wurden keine Arbeitervertreter zugelassen. Vor dem Kriege wurde der Bau eines *B ö h n e r i n n e n h e i m s* beschlossen und die dazu notwendigen Mittel durch den Gemeindevoranschlag bewilligt; auch dieser Beschluß wurde vom Stadtrat *s i s t i e r t* und das Geld zu anderen Zwecken verwendet. Dafür hat sich der Primator Dr. Grosch gleich nach dem Kriegsausbruch aus den Gemeindegeldern ein *A u t o m o b i l* gekauft, ohne einen Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums einzuholen. Vor dem Kriegsausbruch wurden einige Mandate der Majoritätsmitglieder vom Verwaltungsgerichtshof wegen verschiedener Wahlschwindel aufgehoben; trotzdem hat sich der Stadtrat seine Mandate *s e l b s t v e r l ä n g e r t*, die Wahlen in den Stadtrat und in dessen Präsidium wurden schon seit zwei Jahren nicht vorgenommen, obzwar sie durch das Stadtverordnetenkollegium jedes Jahr vorgenommen werden sollen. Die kommunale Hilfstätigkeit in Prag ist mangelhaft und ungenügend. Die mangelnde kommunale Hilfstätigkeit wird durch banale Phrasen maskiert. Die Löhne der Gemeindeangestellten sind elend, manche Kategorien haben nur zwei Kronen täglich. Für die Gemeindeangestellten wurde eine „Teuerungszulage“ bewilligt: ledige Gemeindegewerkschafter erhalten fünf Prozent, verheiratete zehn Prozent des fünfmonatigen Lohnes, das bedeutet im ganzen zwanzig bis vierzig Kronen, und zwar in zwei Raten. Die Arbeiterurlaube wurden ohne jede weitere Entschädigung aufgehoben. Diese Teuerungszulage wurde vom Prager Stadtrat beschlossen, um damit seine Opferwilligkeit und Arbeiterfürsorge zu beweisen!

Auch in Prag mußte eine Preiskommission gebildet werden; dieser wurden keine Arbeitervertreter zugeteilt. Von der Tätigkeit dieser Kommission ist bisher der Prager Öffentlichkeit nichts bekannt. Auf dem tschechischen Städtetag wurde beschlossen, den Gemeinden zu empfehlen, die Approvisionierungsfragen im Einverständnis mit den Arbeitervertretern zu

lösen, aber der Prager Stadtrat kümmert sich wenig um solche Anregungen. In der letzten jungtschechischen Vertrauensmännerkonferenz wurde der Beschluß gefaßt, daß Stadtverordnete keine Lieferungen an die Gemeinde übernehmen dürfen. In Prag besteht die Gemeindegewirtschaft aus 55 Jungtschechen, aber um diesen wichtigen Beschluß kümmert sich die Grosch-Majorität wenig. Stadtverordnete übernehmen in Prag Lieferungen für die Gemeinde, besorgen bei ihr ihre Einkäufe, fungieren als Rechtsvertreter der Gemeinde! Die Gemeindegewirtschaften werden systematisch geschädigt. Kein Wunder, daß bei solchen Zuständen die Gemeindegewirtschaften zerrüttet sind und daß die Gemeinde vollständig verschuldet ist.

Die Öffentlichkeit besitzt kein Vertrauen zu dieser Gemeindegewirtschaft, die kommunale Hilfstätigkeit, die sehr gering und unzureichend ist, findet in der breiten Öffentlichkeit kein Verständnis und die Folge davon ist, daß in Prag die notwendigste kommunale Kriegsfürsorge ausbleibt.